



DOPPEL PUNKT

VON
Katrin Niedermair

Südtiroler Weg beim Mindesteinkommen verteidigen

Finanzielle Hilfe des Staates für die, die selber zu wenig zum Leben haben: Das klingt sozial, das klingt fair. Aber ist es das auch? In Italien und weit darüber hinaus wird das so genannte „Bürgerereinkommen“, die Mindestsicherung, die die Regierung in Rom bis zum kommenden April einführen will, kontrovers diskutiert. Und zwar nicht nur deshalb, weil kaum abzusehen ist, wie der verheißene Geldsegen aus Rom finanziert werden kann.

„Primäre
Zuständigkeit im
Bereich hat die
Landespolitik. Wie
gut sie diese nützt,
liegt jetzt allein in
ihrer Verantwortung.“

Katrin Niedermair

Das Bürgerereinkommen verspricht – grob gesagt – allen volljährigen Staatsbürgern mit weniger als 780 Euro im Monat, ihr Einkommen auf diesen Betrag aufzustocken. Voraussetzung: guter Wille. Wer 3 von öffentlichen Arbeitsvermittlungszentren vorgeschlagene Jobs ablehnt, verliert die Stütze. Einiges ist noch unklar: unter anderem, welche Auswirkungen das Bürgerereinkommen auf andere Welfare-Leistungen haben wird. Mag das Anliegen, der Armut im Land den Kampf anzusagen, auch ein gutes sein, bleibt die Frage: Ist das der richtige Weg?

Das Bürgerereinkommen setzt auf die öffentliche Vermittlung von Arbeit: Nach Schätzungen von Wirtschaftsforschern werden derzeit in Italien aber nur 3 Prozent der Stellen über diese

Dienste vergeben. Viel öfter suchen die Italiener privat nach einem passenden Job. Wie sie an die öffentlichen Dienste herangeführt, wie diese aufgebaut und gestaltet werden sollen, wie die Institutionen – Vermittlungszentren, Gemeinden, Sozialsprengel, INPS – zusammenarbeiten sollen, auch digital: Das alles ist ein halbes Jahr vor geplantem Start noch offen. Soweit die Situation in Italien.

Südtirol – darauf hat das Arbeitsförderungsinstitut hingewiesen – hat eigenen Grund zur Sorge: Dem Land würde ein System aufoktroziert, das hiesigen Verhältnissen nicht entspräche. Das beginnt schon bei der gesamtstaatlich einheitlichen Summe: 780 Euro in Süditalien und in Südtirol sind nur in der Brieftasche gleich viel Geld. Spätestens an der Ladenkasse zeigt sich, dass damit im Norden nicht gleich viel zu bekommen ist wie im Süden.

Obendrein hat Südtirol ein eigenes Mindesteinkommen: Es funktioniert nach dem österreichischen Modell und nach Meinung von Arbeitsmarkt-Experten gut. Derzeit gibt es hierzulande 600 Euro monatlich für Einzelpersonen, 785 Euro für Zweipersonen-, 1020 Euro für Dreipersonenhaushalte. Nebeneinander würden Mindesteinkommen von Staat und Land kaum bestehen bleiben. Das sagte der Direktor der Landesabteilung für Soziales, Luca Cretelli, im September.

Ob das, was Rom plant, besser für die Südtiroler wäre: Zweifel sind angebracht. Bleibt zu hoffen, dass die Landespolitik es schafft, das lokale System gegen die Vereinheitlichungsvorhaben aus Rom zu verteidigen. Primäre Zuständigkeit im Bereich hat sie. Wie gut sie diese nützt, liegt jetzt allein in ihrer Verantwortung.

katrin.niedermair@athesia.it

